

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 15. Januar 2013

Schienenbonus aufs Abstellgleis

VERKEHR Aktionsbündnis fordert: Schluss mit Lärmprivilegien für die Bahn

Aktionsbündnis-Sprecher Dieter Holsten aus Hude bittet das Land um Unterstützung. Er fordert eine nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung für Züge.

VON STEPHAN ONNEN

Post vom „Aktionsbündnis für Sicherheit und Nachtruhe an der Bahn“ haben Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister, mehrere Kabinettskollegen, die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien sowie die hiesigen Abgeordneten erhalten. In dem Schreiben fordert Aktionsbündnis-Sprecher Dieter Holsten (Hude) die sofortige und vollständige Abschaffung des „Schienenbonus“ und aller anderen Lärmprivilegien des Schienenverkehrs.

Hintergrund ist ein Ende November 2012 gefasster Bundestagsbeschluss, demzufolge der Schienenbonus bei den Lärm-Grenzwerten abgeschafft werden soll. Jahrzehntlang durften Züge fünf Dezibel lauter sein als Autos, weil man früher davon ausging, dass Schienenlärm weniger belastend sei als Straßenlärm. Die Streichung des Schienenbonus muss allerdings noch vom Bundesrat gebilligt werden, in dem die schwarz-gelbe Koalition keine Mehrheit hat. Im Bundestag verweigerten SPD, Grüne und Linke ihre Zustimmung, weil ihnen die Reform zu langsam geht.

Der Gesetzentwurf von Union und FDP sieht vor, dass die Neuregelung erst für Planfeststellungsverfahren ab dem Jahr 2016 gilt. Holsten kritisiert, dass die ersten Neu- und Ausbauprojekte, die ohne „Schienenbonus“ geplant werden, wohl nicht vor dem Jahr 2025 fertiggestellt und die letzten Lärmsanierungen ohne „Schienenbonus“ bei „unverändert bescheidener“ Finanzierung des Programms nicht vor dem Jahr 2040 abgeschlossen sein werden: „Wer von den heute Lebenden soll das noch erleben?“ Zudem kritisiert er, dass nach dem Willen der Bundesregierung der Wegfall des „Schienenbonus“ nicht für Planänderungs- und Ergänzungsverfahren gelten soll.

Das Aktionsbündnis fordert in dem Schreiben die sofortige Einführung einer nächtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen 22 und 6 Uhr auf innerörtlichen Bahntrassen für Güterzüge auf 50 km/h und für Personenzüge auf 100 km/h. Darüber hinaus verlangt das Bündnis, dass die DB Netz AG zu einem lärmminimierenden Unterhalt innerörtlicher Bahngleise (akustisches Schienenschleifen, besonders überwachtes Gleis) sowie zur Einführung eines Fahrverbots für graugussgebremste Fahrzeuge ab 2017 verpflichtet wird. Das Aktionsbündnis bittet McAllister, die Minister, Fraktionschefs und Abgeordneten um Unterstützung, denn „der verfassungsrechtlich gebotene Schutz der Gesundheit der Bahnanlieger kann nicht weitere Jahrzehnte auf sich warten lassen“.